

Sondersession 2023 Sessionsrückblick



Schweigeminute zum Start der Sondersession

Der Nationalrat hat am Dienstag zu Beginn der Sondersession der verstorbenen alt FDP-Bundesrätin Elisabeth Kopp gedacht. Nach einer Würdigung ihres Schaffens durch Nationalratspräsident Martin Candinas (Mitte/GR) legte die grosse Kammer eine Schweigeminute ein.

Kopp war am Karfreitag nach langer Krankheit in ihrer Wohngemeinde Zumikon ZH verstorben. Die erste Frau in der Schweizer Landesregierung wurde 86 Jahre alt. Candinas sprach der Familie und den Angehörigen im Namen des Parlaments sein tief empfundenes Mitgefühl aus. Er würdigte die politische Karriere von Kopp als "eine der bemerkenswertesten und beeindruckendsten unseres Landes".

Erzwungener Rücktritt

Kopp war am 2. Oktober 1984 im ersten Wahlgang in den Bundesrat gewählt worden. Ihre Wahl war ein Meilenstein für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. 13 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz schaffte erstmals eine Frau die Wahl in die Landesregierung. Als Bundesrätin setzte sich Kopp unter anderem für die Gleichstellung der Frauen ein, insbesondere für das neue Eherecht. 1989 trat Kopp auf massivem öffentlichen Druck aus dem Bundesrat zurück. 1988 war bekannt geworden, dass sie ihren Ehemann in einem Telefonanruf wegen einer möglichen Verwicklung in Geldwäscherei zum Rückzug aus einem Unternehmen aufgefordert hatte. Sie wies jede moralische oder rechtliche Schuld stets zurück. Besonders schwer wog, dass Kopp das Telefongespräch zu vertuschen versuchte. Zur Aufklärung der Kopp-Affäre wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt. Diese beurteilte Kopps Verhalten als schuldhaftes Versagen. Aus rechtlicher Sicht konnte ihr jedoch nichts vorgeworfen werden. 1990 wurde sie vom Bundesgericht vom Vorwurf der Amtsheimnisverletzung freigesprochen.

Boni-Verbot

Systemrelevante Banken sollen keine Bonuszahlungen an ihre Spitzen mehr auszahlen dürfen. Der Nationalrat hat dazu eine Motion aus der SP angenommen. Ebenso hiess er eine Motion für eine höhere Eigenkapitalquote für global tätige Grossbanken gut. Eingereicht hatte die Motionen die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo. Den Vorstoss für das Boni-Verbot für das oberste Organ und an Geschäftsführung sowie das Risk Management hiess der Rat am Dienstag mit 101 zu 70 Stimmen und mit 22 Enthaltungen gut. Die Motion, die für global tätige Grossbanken höhere Eigenkapitalquoten verlangt, unterstützte die grosse Kammer mit 92 zu 82 Stimmen bei 18 Enthaltungen. Finanzministerin Karin Keller-Sutter sprach sich gegen die Motionen aus und beantragte, die vom Parlament erteilten Prüfaufträge abzuwarten.



Der Nationalrat ist für eine Lex-Huawei

Der Bundesrat soll künftig bestimmte ausländische Anbieter ausschliessen können, was die Beschaffung von IT-Komponenten für kritische Infrastrukturen betrifft. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat am Dienstag eine entsprechende Motion der SP-Fraktion angenommen - mit 145 zu 44 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Es brauche mehr Sicherheit bei kritischen Infrastrukturen wie beispielsweise dem Ausbau des 5G-Netzes, sagte Jon Pult (SP/GR). So solle der Einsatz von technischen Komponenten in Zukunft verboten werden können, wenn deren Anbieter direkt oder indirekt von der Regierung eines anderen Staates kontrolliert werden - insbesondere, wenn es sich dabei um einen autokratischen Staat handelt. Jeder Anbieter müsse vorab die Vertrauenswürdigkeit seiner Produkte garantieren und nachweisen können. Pult erwähnte den chinesischen Netzwerkausrüster Huawei, dessen Verhältnis zum autokratischen Regime der Volksrepublik China bis heute ungeklärt sei. Der Bundesrat ist gegen den Vorstoss. Da die digitalen Infrastrukturen global vernetzt seien, sei der Effekt von Verboten einzelner Hersteller in der Schweiz auf die Sicherheit zu relativieren, machte Finanzministerin Karin Keller-Sutter geltend. Zudem sei es mit technischen, prozessualen oder organisatorischen Massnahmen möglich, viele Risiken auf ein vertretbares Niveau zu reduzieren.

Weiterhin keine Mundart-Diskussion im Nationalrat

Im Nationalrat soll es auch künftig nicht erlaubt sein, die Voten in Mundart vorzutragen. Als offizielle Verhandlungssprachen gelten weiterhin Hochdeutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Das hat die grosse Kammer am Dienstag entschieden. Sie lehnte eine Motion von Lukas Reimann (SVP/SG) ab, die Schweizerdeutsche Dialekte während Debatten zulassen wollte. Der Entscheid fiel mit 164 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Der Vorstoss ist damit vom Tisch.

Reimann argumentierte mit der Stärkung der Sprachenvielfalt. "Dialekte prägen den Charakter und sind Symbol und Ausdruck der Schweiz. Nichts drückt besser die Vielfalt unseres Landes aus." In verschiedenen Kantonen sähen die Geschäftsreglemente vor, dass Parlamentsmitglieder für ihre Beratungen neben der Schriftsprache auch die Mundart verwenden könnten.

Die Mehrheit im Nationalrat folgte jedoch dem Ratsbüro, das den Vorstoss zur Ablehnung empfahl. Die Verständigung und der Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften würden durch das Verwenden der Mundart in der Bundesversammlung erschwert, machte Philipp Matthias Bregy (Mitte/VS) geltend. Auch würde die Praxisänderung in den Augen einer Mehrheit zu Problemen und Fragen bei der Simultanübersetzung und der schriftlichen Publikation der Voten führen. Bregy unterstrich dies mit dem Vortragen eines Oberwalliser Gedichts, das selbst für geübte Ohren schwer verständlich war. "Wir möchten, dass uns alle verstehen und uns in einer Sprache verständigen, die für alle verständlich ist", schloss Bregy.



Keine Green Investment Bank

Der Nationalrat möchte in der Schweiz keine unabhängige Investitionsbank, die ökologische Transformationsprojekte im In- und Ausland mitfinanziert. Er hat am Dienstag fünf in Zusammenarbeit verfasste Motionen aus fünf seiner sechs Fraktionen mit knappem Mehr abgelehnt.

Verstärkter Austausch mit Taiwanesischem Parlament

Der Nationalrat will seine Beziehungen zum taiwanesischen Parlament verstärken. Er hat eine Motion seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) angenommen. Der Vorstoss folgt auf kritische Äusserungen des chinesischen Generalkonsuls in der Schweiz. Die grosse Kammer sagte am Dienstag mit 97 zu 87 Stimmen bei 8 Enthaltungen Ja zum Vorstoss. Damit wird das Büro des Nationalrats beauftragt, die Beziehungen zum taiwanesischen Parlament zu verstärken.

Die Zusammenarbeit trage bei zur Stärkung der Demokratie, zur Förderung von Frieden und Stabilität in der Region und zur Vertiefung des Austausches zwischen der Schweiz und Taiwan, sagte Kommissionssprecher Fabian Molina (SP/ZH). Eine Minderheit aus SVP und FDP war dagegen der Auffassung, dass der Vorstoss dem Konzept der parlamentarischen Diplomatie zuwiderlaufe und im derzeit angespannten internationalen Umfeld unangebracht sei.

Umstrittene Reise auf den Inselstaat

Die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Taiwan hatte Anfang Februar fünf Tage lang Taiwan besucht. Die Delegation wurde unter anderem von Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, mehreren Ministern sowie hohen Beamten empfangen. Die Reise der Schweizer Parlamentarier war kein offizieller Besuch, sondern er galt als privat. Der chinesische Generalkonsul in der Schweiz, Zhao Qinghua, bezeichnete den Besuch dennoch als "störend". Es handelte sich nach seiner Auffassung um eine offizielle Beziehungsaufnahme. Ein solcher Besuch tangiere die Basis für die diplomatischen Beziehungen mit China.

China sieht Taiwan als Teil des chinesischen Territoriums. Das Verhältnis zwischen Taipeh und Peking ist daher sehr angespannt.

Nationalrat will neuen Grimseltunnel prüfen lassen

Der Nationalrat will die Realisierung eines multifunktionalen Grimseltunnels prüfen lassen. Er hat am Mittwoch aber Änderungen an einer entsprechenden Motion aus dem Ständerat angebracht - und möchte damit etwas Tempo rausnehmen. Gemäss dem ursprünglichen Motionstext sollte der Bundesrat noch im Jahr 2023 die Kredite zur Projektierung des Tunnels beantragen. Der Nationalrat möchte das Projekt dagegen zunächst vertieft prüfen lassen, damit sich das Parlament anschliessend auf verlässliche Kosten stützen kann. Konkret soll das Vorhaben im Rahmen der Botschaft zum Stand der Ausbauprogramme Bahninfrastruktur und Perspektive 2050 bewertet werden. Danach soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.



Es geht um einen Tunnel, in dem Bahnverbindung und Hochspannungsleitung gebündelt werden sollen. Hintergrund ist, dass die grösstenteils mehr als sechzig Jahre alte Höchstspannungsleitung an der Grimsel ersetzt werden muss.

Nationalrat will Liegenlassen von Abfällen verbieten und Büssen

Abfall soll in der Schweiz möglichst vermieden werden. Nicht mehr Gebrauchtes respektive Brauchbares soll nach Möglichkeit weitergegeben oder aber wiederverwertet werden. Das hat der Nationalrat entschieden und dabei Bussen für Littering beschlossen. Mit Änderungen im Umweltschutzgesetz will der Nationalrat die Kreislaufwirtschaft stärken. Mit 133 zu 42 Stimmen bei 13 Enthaltungen sagte er am Mittwoch Ja zur Vorlage seiner Umweltkommission (Urek-N). Die Nein-Stimmen und Enthaltungen kamen von der SVP. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Abhängigkeit vom Ausland reduzieren

Insgesamt überwog das Lob für die Änderungen im Umweltschutzgesetz. Das Potenzial, Material und Stoffe wiederzuverwerten, sei gross, lautete der Tenor. Und die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland werde reduziert, wenn mehr Materialien im Wirtschaftskreislauf blieben. Unter dem Titel Abfallverwertung führte der Nationalrat ein Verbot für achtloses Liegenlassen und Wegwerfen von kleinen Mengen von Abfällen ein. Noch dazu beschloss er eine Busse von bis zu 300 Franken für das sogenannte Littering und damit etwas, was einige Kantone schon kennen.

"Abfall tötet"

Die SVP wollte davon nichts wissen. "Ein Verbot auf eidgenössischer Ebene wäre antiliberal und unschweizerisch", sagte Michael Graber (SVP/VS). Littering sei vor allem dort ein Problem, wo keine Polizei präsent sei, etwa beim Wandern, sagte er und plädierte für Erziehung anstelle von Verboten. Der Bundesrat äusserte sich ablehnend zu Littering-Bussen und verwies auf die kantonalen Lösungen. Umweltminister Albert Rösti forderte vergeblich, die kantonalen Behörden ihre Arbeit machen zu lassen.

Ein "Reparatur-Index"

Im Zentrum der Vorlage stehen das Vermeiden und Wiederverwerten von Abfällen. Der Bundesrat soll Anforderungen an die Lebensdauer eines Produkts festlegen können, etwa Verwertbarkeit, Reparierbarkeit oder Vorhandensein von Ersatzteilen. Der Nationalrat wünscht sich zusätzlich den von den Grünen eingebrachten "Reparatur-Index", der die Reparierbarkeit eines Produktes anzeigt. Eine Rücknahmepflicht von Verpackungen für den Detailhandel lehnte der Rat zwar ab. Er beschloss aber mit 97 zu 96 Stimmen, dass nicht kompostierbare Packungen von nicht verkauften biogenen Lebensmitteln vor deren Verwertung entfernt werden müssen. Eine Minderheit um Beat Flach (GLP/AG) setzte sich hier durch. Neben Herstellern und Importeuren will der Nationalrat neu auch ausländische Online-Händler verpflichten, für Verpackungen eine vorgezogene Entsorgungsgebühr zu bezahlen.



Liberalisierung der Abfuhr

Das Einsammeln von Abfällen will der Nationalrat liberalisieren. Freiwillige private Anbieter sollen ohne Konzession der Gemeinde Wertstoffe von privaten Haushalten sammeln dürfen. Voraussetzung ist, dass das Sammelgut wiederverwertet wird. Der Rat folgte mit 101 zu 92 Stimmen einem Antrag der Urek-N. "Private sollen auf Ideen kommen, was gesammelt werden kann", sagte Matthias Samuel Jauslin (FDP/AG) namens der Kommission dazu. Deshalb solle nicht der Bundesrat entscheiden, was Private sammeln dürften und was nicht. Der Bundesrat wünscht eine weniger weitgehende Lockerung des Abfallmonopols. Er will selbst bestimmen können, welche Stoffe Private einsammeln dürfen. Die heutige Abfallentsorgung funktioniere, sagte Umweltminister Rösli dazu.

Roaming-Gebühren

Der Nationalrat will den Bundesrat auffordern, eine fixe Preisobergrenze für Roaminggebühren einzuführen. Er hat am Mittwoch eine entsprechende Motion von Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte/BL) angenommen. Bisher war das Anliegen im Parlament stets gescheitert. Schneider-Schneiter sprach denn auch von einer "unsäglichen" Situation. Der schweizerische Weg mit dem Appell an die Eigenverantwortung der Mobilfunkanbieter sei gescheitert und löse das Problem nicht. Fernziel müsse es sein, die Roaminggebühren wie in der EU ganz abzuschaffen. Zunächst brauche es nun einseitige Preisobergrenzen für die Endkumentarife beim Roaming. Das geltende Fernmeldegesetz biete dazu die notwendige gesetzliche Grundlage. Kommunikationsminister Albert Rösli widersprach: Der Bundesrat könne nicht einfach per Verordnung eine einseitige Obergrenze festlegen. Dies bestätige ein Gutachten. Der Nationalrat nahm den Vorstoss dennoch mit 116 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Nun ist der Ständerat am Zug.

Nationalrat will Versorgung mit Spenderblut gesetzlich absichern

Die Versorgung der Bevölkerung mit Blut und Blutprodukten soll auf gesetzlichem Weg abgesichert werden. Der Nationalrat hat deshalb das Heilmittelgesetz im Einklang mit dem Bundesrat angepasst. Verankert werden soll auch, dass beim Spenden niemand diskriminiert wird. Der Nationalrat hat die Vorlage am Mittwoch mit 181 zu 0 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Die Regeländerungen bei der Blutspende initiiert hatte der frühere Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner im Jahr 2016. Er forderte, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Blut zur Bundesaufgabe werden solle. Die Gesundheitskommission des Nationalrats (SGK-N) arbeitete nach dem Ja beider zuständigen Parlamentskommissionen eine Änderung des Heilmittelgesetzes aus. Ergänzend zum ursprünglichen Initiativtext hielt sie fest, dass beim Blutspenden niemand diskriminiert werden dürfe. Die Kriterien, wonach jemand zum Spenden nicht zugelassen wird, müssen künftig auf dem individuellen Risikoverhalten und der Wissenschaft basieren.



Milliarden für Räumung des ehemaligen Munitionslagers in Mitholz

Nach fünf Jahren Wartezeit sollen die Einwohner des Dorfes Mitholz im Berner Oberland bald Gewissheit über ihre Zukunft haben. Der Nationalrat hat am Donnerstag als Erstrat dem 2,59-Milliarden-Franken-Kredit für die Räumung des früheren Munitionslagers zugestimmt. 2018 kam ein neuer Bericht des Verteidigungsdepartements zum Schluss, dass das Munitionslager aufgrund weiterhin hoher Risiken geräumt werden müsse. Der Bundesrat beantragte einen Verpflichtungskredit im Umfang von 2,59 Milliarden Franken für die Arbeiten, einschliesslich Sicherheitsmarge wegen Unsicherheiten.

Die Mehrheit des Nationalrats stellt sich hinter die Vorlage. Mit 180 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer dem entsprechenden Bundesbeschluss zu. Ein Teil der SVP wollte das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen - mit dem Auftrag, eine neue Lagebeurteilung vorzunehmen und andere Varianten (bspw. eine Verkapselung) vertiefter zu prüfen. Die Minderheit scheiterte mit 167 zu 22 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Unzählige Vorstösse abgearbeitet

Von Dienstag bis Mittwoch dauerte die diesjährige Sondersession. Im Schweizer Parlament steigt die Zahl der Vorstösse stark an. Das sorgt für hohe Kosten und dient oft nur der Profilierung der Politiker. Im Rahmen dieser Session wurden nun zahlreiche solcher hängigen Vorstösse behandelt. Immerhin will der Nationalrat seine Last an Geschäften leichter machen. Er hat während der Frühjahrssession einen Vorstoss aus der SVP-Fraktion angenommen, der verlangt, dass während Sondersessionen keine neuen parlamentarischen Initiativen und Vorstösse eingereicht werden können.

Bern, im Mai 2023
David Zuberbühler